

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

Die deutsch-amerikanische Sicherheitspolitik in den 1980er Jahren

Begrüßung*

Hans-Gert Pöttering

Herzlich willkommen Ihnen allen hier in Bonn auf dem Petersberg. Es ist eine große Freude für mich, Sie an diesem besonderen Ort erneut zu einer weiteren Veranstaltung unserer Reihe „Die Ära Kohl im Gespräch“ begrüßen zu dürfen.

Diese Tagungsreihe wird von der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/ Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung alljährlich veranstaltet, um der Forschung neue Impulse zu dem Stichwort „Kanzler der Einheit“ zu geben. Wir wollen mit unserer Tagung Wissenschaftler und Zeitzeugen zusammenbringen, so dass die Forschung von den Beiträgen der Mitlebenden profitieren kann. Die Texte werden übrigens in der wissenschaftlichen Zeitschrift der Konrad-Adenauer-Stiftung, den Historisch-Politischen Mitteilungen veröffentlicht und deshalb mitgeschnitten. Dennoch kann ich Ihnen versichern, dass unsere Gespräche der Vertraulichkeit unterliegen. Und ich finde es besonders schön – gestatten Sie, dass ich nicht jeden Einzelnen von Ihnen begrüßen kann –, aber ich finde besonders schön, dass zwei Mitglieder der Regierung Kohl, also zwei Bundesminister a. D. bei uns sind, nämlich Frau Dr. Dorothee Wilms und Herr Professor Dr. Christian Schwarz-Schilling. Stellvertretend für alle ehemaligen Staatssekretäre und Botschafter darf ich Herrn Staatssekretär und Herrn Botschafter Peter Hermes mit seiner Gattin sehr herzlich begrüßen.

Für die Konzeption und die wissenschaftliche Begleitung unserer Tagung danke ich dem Leiter der verantwortlichen Hauptabteilung, Hanns Jürgen Küsters. Sie werden später die Tagungsleitung übernehmen, da ich Sie um 15.30 Uhr verlassen muss. Es sind meine letzten Wochen und Monate im Europäischen Parlament, das heute Nachmittag in Straßburg tagt, und ich möchte mir nicht vorwerfen lassen, dass ich das nicht mehr ernst nehme. Dafür bitte ich Sie, sehr verehrte Gäste, ganz herzlich um Verständnis.

Ihnen, lieber Herr Küsters, herzlichen Dank schon jetzt für die sicherlich fachkundige Moderation. Stellvertretend für die Mitarbeiter der Hauptabteilung, die diese Tagung mit vorbereitet haben, möchte ich an dieser Stelle

* Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 3./4. Februar 2014 auf dem Petersberg in Königswinter.

Dr. Wolfgang Tischner und Frau Kerstin Klenovsky nennen. Herzlichen Dank auch Ihnen.

Das Thema unserer Tagung, die deutsch-amerikanischen Beziehungen im Vorfeld der Deutschen Einheit, ist ein besonderes Kapitel in der deutschen Geschichte. Dass wir gerade jetzt, vor dem Hintergrund des Bekanntwerdens der Abhöraktivitäten der amerikanischen Sicherheitsbehörde NSA, darüber diskutieren, ist meiner Ansicht nach ein gutes Zeichen. Denn bei aller berechtigten Verärgerung auf deutscher Seite über die Datensammelwut der NSA, ganz zu schweigen von dem Abhören des Mobiltelefons unserer Bundeskanzlerin, dürfen wir keineswegs die lange, erfolgreiche deutsch-amerikanische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik vergessen. Einer der großen bleibenden Erfolge dieser Zusammenarbeit war die Vollendung der deutschen Einheit, was auch in der momentanen Stimmung nicht übersehen werden darf. Vor diesem Hintergrund sind wir besonders dankbar, den ehemaligen Nationalen Sicherheitsberater des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, General a. D. Brent Scowcroft, heute bei uns begrüßen zu dürfen. Lieber General Scowcroft, ein herzliches Willkommen Ihnen. Wir freuen uns auf das, was Sie uns mitzuteilen haben. Most Welcome, General!

General Scowcroft ist einer der herausragenden Kenner der Sicherheitspolitik der amerikanischen Regierung. Als Pilot und Luftwaffenoffizier war er im Stabsdienst und im Oberkommando an Entscheidungen auf militärischer Ebene beteiligt, bevor er Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten wurde. Zunächst von 1975 bis 1977 unter Präsident Ford; dann von 1989 bis 1993 unter Präsident George Bush dem Älteren hat Brent Scowcroft die deutsche Einheit auf amerikanischer Seite aus nächster Nähe erlebt, denn während des gesamten Einigungsprozesses haben die USA und insbesondere Präsident George Bush der Ältere persönlich maßgeblich zum Gelingen der deutschen Einheit beigetragen. Dies betrifft sowohl die Vorgeschichte der Wiedervereinigung, als im Zuge des Nachrüstungsbeschlusses die Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl von der amerikanischen Regierung Rückendeckung erhielt. Und dies gilt für die Phase der Wiedervereinigung selbst. In dieser für uns Deutsche so wichtigen Zeitspanne hat die Bush-Administration als unser engster und verlässlichster Bündnispartner niemals Zweifel an ihrer Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes aufkommen lassen. General Scowcroft wird in seinen Ausführungen sicher auf den einen oder anderen Aspekt eingehen.

Dass Brent Scowcroft an dieser Tagung teilnimmt, verdanken wir einem Mann, dessen Name ebenfalls untrennbar mit der deutschen Wiedervereinigung verbunden ist: Ministerialdirektor a. D. Horst Teltschik, damals an leitender Stelle im Bundeskanzleramt tätig, ist ein Zeitzeuge im wahrsten Sinne des Wortes. Horst Teltschik wird heute Nachmittag aus seiner Erfahrung als unmittelbar Beteiligter aus dem Umfeld des Bundeskanzlers über die deutsch-ame-

rikanischen Beziehungen berichten. Seine Erinnerung an die Zeit zwischen Mauerfall und Wiedervereinigung hat er unter dem Titel „329 Tage“ in einem Buch veröffentlicht, das mittlerweile fester Bestandteil der Literaturliste zur Deutschen Einheit ist. Es ist eine große Freude auch für mich persönlich, Horst Teltschik heute bei uns zu haben. Herzlich willkommen und herzlichen Dank, lieber Horst Teltschik.

It is a great pleasure to have, I upgrade the personality a little bit, the representative of the United States of America, James D. Melville, Deputy Ambassador of the United States with us and you will give us „ein Grußwort“. Most welcome James Melville, that you are here today. Thank you.

Horst Teltschik ist seit vielen Jahren Mitglied im Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung. Auf seine Initiative hin sind Horst Teltschik, Brent Scowcroft und ich bereits gestern Abend zusammengetroffen. Wir waren zu Gast bei Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl und seiner Frau in seinem Privathaus in Oggersheim in Ludwigshafen. Helmut Kohl, den wir auch eingeladen hatten, hätte sehr gerne an unserer Tagung teilgenommen. Er bittet um Verständnis, dass er nicht hier sein kann und lässt Sie alle sehr, sehr herzlich grüßen. Wir haben einen wunderbaren Abend mit ihm verlebt. Es war schön, gestern beim Ehrenbürger Europas zu sein.

Wie Sie bereits an diesen wenigen Hinweisen auf die persönliche Verflechtung unserer Gäste mit den Ereignissen rund um das Jahr 1989 erkennen können, beweist sich erneut die Erkenntnis, dass Geschichte nicht nur graue Theorie ist, sondern die Ereignisse untrennbar mit den beteiligten Personen verbunden sind. Aus dieser Tatsache ist die Idee unserer Tagung entstanden, die vom Dialog zwischen Wissenschaftlern und Zeitzeugen lebt, die die Menschen von damals mit den Wissenschaftlern von heute zusammenbringen möchte.

Den Auftakt übernimmt Professor Dr. Andreas Rödder mit seinem Überblick zu der wohl wichtigsten sicherheitspolitischen Entscheidung der Ära Kohl vor der Wiedervereinigung, der Entscheidung nämlich, auf die Stationierung sowjetischer SS 20-Raketen in Mittel- und Osteuropa mit der Stationierung amerikanischer Pershing II-Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa zu antworten. Andreas Rödder hat wie ich an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn studiert und hält den Lehrstuhl für Neueste Geschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Er war übrigens auch kürzlich ein Jahr in Großbritannien, seitdem steigt die Zustimmung zur Europäischen Union in Großbritannien merklich. Vielen Dank auch für diesen Einsatz. Sein wissenschaftliches Werk hier vorzustellen hieße, wie wir sagen, Eulen nach Athen zu tragen. Dennoch möchte ich seine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erwähnen, die er um die lesenswerte Geschichte der Wiedervereinigung ergänzt hat. Lieber Andreas Rödder, herzlich willkommen.

Nach den Zeitzeugengesprächen mit Brent Scowcroft und Horst Teltschik heute Nachmittag werden wir uns morgen wieder der Wissenschaft zuwenden. Professor Dr. Stefan Fröhlich von der Universität Nürnberg-Erlangen wird eine der zentralen sicherheitspolitischen Entwicklungen auf dem Weg zur Deutschen Einheit analysieren: die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen im Umfeld des Gipfeltreffens von Reykjavik 1986 und ihre Auswirkung auf die bundesdeutsche Sicherheitsstrategie. Stefan Fröhlich ist ein Schüler des uns eng verbundenen Biographen von Konrad Adenauer und Helmut Kohl, Professor Dr. Hans-Peter Schwarz.

Im Anschluss werden wir uns der Zeit der Wiedervereinigung von 1989 bis 1990 zuwenden. Dr. Kristina Spohr lehrt zurzeit am Institut für internationale Geschichte an der London School of Economics. Sie wird diese Sternstunde deutsch-amerikanischer Sicherheitspolitik beleuchten. Kristina Spohr ist zwar noch, wie wir alle sehen, eine junge Wissenschaftlerin, sie hat sich aber bereits intensiv mit diesem Thema befasst. Daher sind wir sehr gespannt auf die Einschätzungen einer Wissenschaftlerin, die der nachkommenden Generation entstammt und sich mit den Erinnerungen der Beteiligten beschäftigt. Herzlich willkommen auch Ihnen, liebe Kristina Spohr.

Es erwarten Sie kenntnisreiche Vorträge und persönliche Erinnerungen herausragender Persönlichkeiten. Dem möchte ich keinesfalls vorgreifen. Gestatten Sie mir dennoch einige persönliche Anmerkungen. Ich habe sie aber drastisch reduziert.

Bei aller Dankbarkeit gegenüber unseren amerikanischen Freunden darf mit Blick auf die Wiedervereinigung nicht vergessen werden, dass wir in diesen entscheidenden Monaten auch von unseren europäischen Partnern – nicht allen – wertvolle Unterstützung erfahren haben, an die ich hier kurz erinnern will.

Vor fast 25 Jahren, am 9. November 1989, fiel in Berlin die Mauer. Der Freiheitswille der Menschen in der damaligen DDR hatte sich durchgesetzt. Dass aus den friedlichen Demonstrationen ohne Blutvergießen die Friedliche Revolution wurde, war nur möglich, weil auch die Menschen in anderen Staaten Ost- und Mitteleuropas für ihr Recht auf Freiheit und Demokratie eintraten. Insbesondere die polnische Arbeiterbewegung *Solidarność* ist hier zu nennen, aber auch die anderen, die Esten, die Letten, die Litauer, die von der Sowjetunion okkupiert waren, die Ungarn, die Tschechen und all die anderen müssen genannt werden und auch – wir sollten es niemals vergessen und dafür muss man nicht katholisch sein – die große geistlich-moralische Kraft von Johannes Paul II. Ohne *Solidarność*, ohne den Freiheitswillen der anderen Europäer, so ist meine These, hätte es die Einheit Deutschlands nicht gegeben. Wir Deutschen sollten dies niemals vergessen.

In der Sowjetunion regierte zu dieser Zeit, wie wir alle wissen, Michail Gorbatschow, der anders als seine Vorgänger im Kreml, die Panzer in den Kasernen ließ und eben nicht den Befehl gab, auf die Demonstranten zu schießen.

Am 28. November 1989 verkündete Bundeskanzler Helmut Kohl seinen inzwischen legendären Zehn-Punkte-Plan vor dem Deutschen Bundestag. In diesem Zusammenhang habe ich ein Zitat von Helmut Schmidt gefunden. Er hat gesagt, Helmut Kohls zehn Punkte hätten den internationalen Prozess der deutschen Wiedervereinigung entscheidend vorangetrieben. Eine nahezu aus dem Stand vollbrachte, glänzende Leistung der Vernunft. Ich habe selten von einem Amtsvorgänger etwas so Positives über den Nachfolger gehört und das ehrt auch Helmut Schmidt, dass er dies gesagt hat.

Und jetzt möchte ich Ihnen gerne ein persönliches Erlebnis vortragen. Im Februar 1990 reiste ich mit einer Delegation von christdemokratischen Mitgliedern des Unterausschusses für Sicherheit und Abrüstung des europäischen Parlaments, dessen Vorsitzender ich damals war, nach Moskau. Eine Woche zuvor hatte Bundeskanzler Helmut Kohl – und auch Horst Teltchik war dabei – die sowjetische Hauptstadt besucht. Michail Gorbatschow hatte die deutsche Einheit nicht mehr in Frage gestellt, jedoch war der Status des zukünftigen geeinten Deutschlands noch immer umstritten. Helmut Kohl berichtete später: „Mit Nachdruck stellte ich fest, dass es ein großer Fehler gewesen sei, Deutschland nach 1918 einen Sonderstatus aufzuerlegen.“ Helmut Kohl war der Meinung, eine Neutralisierung Deutschlands hätte schon sehr bald eine Erosion und dann das Ende von NATO und EG bedeutet.

Bereits Konrad Adenauer hatte diese Ansicht vertreten, sie war Grundlage der Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland: Keine deutsche Wiedervereinigung zum Preis der Neutralität. Und das war auch die gemeinsame Auffassung unserer Delegation. Ihr gehörten an: Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti aus Italien, Vivian Reding aus Luxemburg, Giulio Cesare Gallenzi aus Italien, Jean Penders aus den Niederlanden, Ioannis Pasmazoglou aus Griechenland und Carlos Robles Piquer aus Spanien. Wir hatten verabredet, mit verteilten Rollen für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und aller Europäer zu sprechen. Die Völker Europas müssten das Recht haben, die von ihnen einzugehenden Bündnisse selbst zu wählen. Die Neutralität eines geeinten Deutschlands wäre das Ende der europäischen Einigung gewesen. Wie hätte Europa seine Einheit finden können, wenn es dem deutschen Volk, in der Mitte Europas gelegen, verwehrt geblieben wäre, seinen Beitrag zu einer starken Europäischen Union mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu leisten? In der deutschen Botschaft wurden wir in einem abhörsicheren Konferenzraum von den diplomatischen Vertretern unserer Heimatländer über die politische Lage in der Sowjetunion informiert. Den Vorsitz führte der irische Botschafter, weil Irland die Präsidentschaft hatte. Da die irische Regierung über keinen vergleichbaren Raum verfügte, entbehrte es nicht der Ironie, dass gerade der Vertreter eines neutralen Landes uns über die außen- und sicherheitspolitische Lage der Sowjetunion informierte. In der Rückschau betrachtet, ist diese Anekdote ein weiterer Beleg dafür, dass es in

der Europäischen Union eine Trennung von Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht geben kann. Die Stimme Europas wird nur Gewicht haben, wenn sie in allen diesen Bereichen zu einer entschlossenen und einheitlichen Sprache findet. Unsere sowjetischen Gesprächspartner im Außenministerium waren geradezu furchterregend. Mit unbeweglichen Mienen vertraten sie Positionen aus den schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges.

Angenehmer erwies sich das Gespräch mit Wadim Sagladin, außenpolitischer Berater von Präsident Michael Gorbatschow, Mitglied des Obersten Sowjets wie auch des Zentralkomitees der KPdSU. Wadim Sagladin hatte uns zu dem Besuch nach Moskau in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Sowjetischen Komitees für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingeladen. Sagladin empfing uns in einem Konferenzsaal des Kremls mit Blick auf die Kathedralen. Ich vergesse nie: Er hatte eine Zigarettenschachtel Marlboro auf seinem Platz liegen, was ja schon ein gewisses Signal war. Nicht, dass ich empfehlen möchte, zu rauchen, aber dass es eine westliche Zigarettenmarke war, das war das positive Signal. Er bekannte sich nicht nur zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Er hatte auch keine Einwände gegen eine politisch und sicherheitspolitisch starke Europäische Gemeinschaft. Er zeichnete bereits ein Bild von der Zukunft der Sowjetunion, in der die Rechte der Union von den einzelnen Republiken festgelegt würden, nicht mehr nur von der Zentrale.

Ganz anderer Art gestaltete sich die Unterredung mit Valentin Falin, Leiter der internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU und früherer Botschafter der Sowjetunion in Bonn, den wir im ZK-Gebäude aufsuchten. Falin zeigte sich nicht als der smarte und moderate, verbindliche Diplomat, wie er in der Bundesrepublik Deutschland häufig dargestellt worden war. Eine Europäische Union mit Zuständigkeiten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik könnte er kaum gutheißen. Die Mitgliedschaft eines geeinten Deutschlands in der NATO wäre nicht akzeptabel. Vivian Reding, jetzt Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, und Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti plädierten, unterstützt von den Kollegen, für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und aller Europäer sowie für die Mitgliedschaft des geeinten Deutschland im Nordatlantischen Bündnis. Das Bündnis bedrohte niemanden, sein ausschließlicher Zweck bestünde in der Verteidigung. Es wäre eine Allianz von Demokratien. Deutschland wäre eine stabile Demokratie. Seine Einbindung in die europäische Gemeinschaft und die NATO entspräche auch dem sowjetischen Interesse.

Wenn man das Selbstbestimmungsrecht der Völker ernst nähme, was die Sowjetunion doch wollte, fügte ich hinzu, könnte man dem deutschen Volke keine Beschränkungen auferlegen. Hier mitten in Moskau, im Gebäude des Zentralkomitees der KPdSU wurde deutlich: Abgeordnete des Europäischen Parlaments, die nicht Deutsche waren, vertraten deutsche Interessen. Sie ver-

traten deutsche Interessen, weil sie mit dem fundamentalen nationalen Interesse Deutschlands solidarisch waren und dieses nationale Interesse mit dem europäischen Interesse übereinstimmte. Im Übrigen, so fügte Vivian Reding geschickt hinzu, wäre die Einbindung Deutschlands in NATO und Europäische Gemeinschaft im sowjetischen Interesse, da so Deutschland eingeflochten würde und sich nicht gegen die Sowjetunion richten könnte.

Am Ende des Gesprächs gestand Falin zu, die Neutralität eines geeinten Deutschlands wäre kein absolutes Prinzip. Es war klar, dass Falin die ganze Richtung nicht passte, die die Entwicklung in Europa und in Bezug auf Deutschland nahm. Wie Bundeskanzler Helmut Kohl über sein Gespräch mit Präsident Gorbatschow vom 10. Februar 1990 berichtete, hatte Falin das blanke Entsetzen im Gesicht gestanden. Aber Valentin Falin konnte die Dynamik nicht zum Stillstand bringen. Im Gebäude des Zentralkomitees der KPdSU, im Angesicht des nach Präsident Michael Gorbatschow, dem Vorsitzenden der KPdSU, und Außenminister Eduard Schewardnadse, wichtigsten Mannes für die Außen- und Europapolitik der KPdSU, wurde uns klar, dass eine kluge deutsche Staatsführung nicht nur die Einheit Deutschlands, sondern auch die Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands in der bewährten Gemeinschaft des Nordatlantischen Bündnisses erreichen würde. Helmut Kohl ist konsequent diesen Weg gegangen und das Ergebnis ist bekannt. Es war eine großartige Entscheidung, diesen Weg – ich will das nicht vertiefen, weil ich zum Abschluss kommen möchte – diesen Weg nach Artikel 23 des Grundgesetzes zu gehen, weil dieses damals in der gleichen Sekunde der Einheit Deutschlands die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und auch im Nordatlantischen Bündnis ermöglichte. Der Weg nach Artikel 146 der Verfassung hätte verlangt, dass man über eine neue Verfassung diskutiert, und so, wie wir Deutschen sind, hätten wir wahrscheinlich heute noch darüber diskutiert.

Lassen Sie mich abschließen mit einem Wort von Konrad Adenauer: „Man kann nach meiner Auffassung nicht in der Zukunft gut wirken, wenn man nicht aus der Vergangenheit lernt und das aus der Vergangenheit mitnimmt, was wert ist, mitgenommen zu werden.“ Deswegen entsteht in Brüssel ein Haus der Europäischen Geschichte, damit wir aus den Tragödien unserer Vergangenheit in Europa lernen, die Kriege darstellen, die totalitären Systeme und dann die Antwort, die europäische Versöhnung und Einheit. Diese Politik ist immer von allen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika unterstützt worden und George Bush der Ältere hat in wunderbarer Vertrauensgemeinschaft mit dem Kanzler der Einheit, mit Helmut Kohl, die Einheit Deutschlands gefördert und auch die Einheit Europas gefördert und deswegen, Ambassador Melville, it is a pleasure to invite you now to say what you want to say and I thank you for your attention.